
Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
Versicherter Personenkreis	<u>2 - 3</u>
Arbeitsunfall	<u>4 - 7</u>
Wegeunfall	<u>8 - 10</u>
Berufskrankheiten	<u>11 - 13</u>
MdE / Rente / haftungsausfüllende Kausalität	<u>14</u>
Heilbehandlung / sonstige Leistungen / allgemeines Leistungsrecht (SGB I)	<u>15</u>
Zuständigkeit / UV-Pflichtmitgliedschaft	<u>16</u>
Beitrag	<u>17 - 18</u>
Regress / Haftungsbeschränkung	<u>19 - 21</u>
Verwaltungsverfahren (SGB X)	<u>22 - 25</u>
Sozialgerichtsverfahren (SGG)	<u>26 - 28</u>
Sonstiges Verfahrensrecht	<u>29</u>
Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX)	<u>30 - 31</u>
Hinterbliebenenleistungen	<u>32</u>

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Versicherter Personenkreis

- 02 Probearbeitstag in einem Entsorgungsunternehmen – Sturz von der Laderampe eines Mülltransporters – epidurales Hämatom – keine versicherte Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII – keine Eingliederung in das Unternehmen – bei Eingliederung muss die Unternehmenszugehörigkeit nach außen dokumentiert werden – sog. „Wie-Beschäftigung“ bejaht – kein überwiegendes Eigeninteresse des Probearbeitenden, Arbeitsplatz zu erhalten – fremdnütziges Interesses des Unternehmens an geeigneten Arbeitskräften überwiegt – Urteil des BSG vom 20.08.2019 – B 2 U 1/18 R – DOK 311.01:312:374 [47 - 55](#)
- 02 Einführungsseminar bei einem Jugendfreiwilligendienst – Unfall einer Seminarteilnehmerin nach Seminarende auf einer Hüpfburg – grundsätzlicher Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII bejaht – allerdings kein sachlicher Zusammenhang zwischen Unfall und versicherter Tätigkeit – Versicherungsschutz besteht nur während der Seminarzeit – hier Freizeitunfall – Unfall infolge spielerischen Verhaltens bejaht, aber kein Versicherungsschutz wie bei Auszubildenden oder Schülern – keine betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung – kein Ausgesetztsein besonderer, dem Seminarbetrieb zuzurechnender, Gefahren – Revision zum BSG zugelassen – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 25.09.2019 – L 3 U 41/17 – DOK 311.01:374.286 [56 - 65](#)
- 03 Unfall beim Radfahren während einer teambildenden Maßnahme – Fahrradtour eingebettet in einen Workshop – vom Arbeitgeber gewünschte Stärkung des Gemeinschaftsgefühls – gesamte Abteilung hat teilgenommen – Arbeitgeber Kostenträger und Organisator – bevollmächtigter Vertreter der Abteilungsleitung anwesend – Arbeitsunfall bejaht – versicherte Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII – Erfüllung einer vermeintlichen Pflicht aus dem Arbeitsverhältnis – betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung gegeben – Urteil des LSG Hamburg vom 29.05.2019 – L 2 U 6/18 – DOK 311.01:374.111:374.2 [86 - 94](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
04 Tödlicher Unfall eines Vorstandsmitgliedes einer AG – Absturz aus großer Höhe – kein Anspruch auf Hinterbliebenenleistungen – Mitglieder des Vorstandes einer AG sind generell nicht versicherungspflichtig in der GUV – Tätigkeit wie ein Unternehmer ergibt sich aus den Vorschriften des AktG – keine Versicherung nach § 2 Abs. 2 SGB VII – Revision beim BSG anhängig – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 25.06.2019 – L 9 U 92/19 – DOK 311.01:312:318	163 - 178
04 Schüler einer Schule für körperbehinderte Menschen mit Problemen bei der Nahrungsaufnahme verschluckt sich – Anlass war Abschlussfeier der Schule – apallisches Syndrom mit Wachkoma als Folge – kein Arbeitsunfall – kein Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 8b SGB VII – Behinderung rechtlich wesentlich für Verschlucken – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 17.12.2019 – L 16 U 79/16 – DOK 311.082:374.114:374.283	179 - 196
06 Streitige abhängige Beschäftigung eines Bauleiters in einem Architekturbüro – freier Mitarbeitervertrag – Existenzgründungszuschuss der BA – Überwachung von Baustellen als Tätigkeit – fester Stundensatz vereinbart – Kundentermine nur mit Zustimmung des Auftraggebers – abhängige Beschäftigung gegeben – § 7 Abs. 1 SGB IV – Arbeiterbringung in Person – keine freie Zeiteinteilung – kein Eigenkapital eingesetzt – feste Stundenvergütung schließt Unternehmerrisiko aus – Urteil des SG Dortmund vom 10.03.2020 – S 34 BA 4/19 – DOK 120:124.21	295 - 298
11 Unfall eines freigestellten Tierpflegers eines deutschen Zoos in Vietnam – Tätigkeit in vietnamesischem Nationalpark – Ausstrahlung nach § 4 Abs. 1 SGB IV – Fortbestehen des Beschäftigungsverhältnisses mit deutschem Zoo – eigenes Interesse des Zoos als Arbeitgeber an der Tätigkeit des Tierpflegers im Ausland – intensiver Kontakt, Weiterzahlung der Vergütung und tragen der Dienstkleidung des deutschen Zoos sprechen für ein Beschäftigungsverhältnis – faktische Verhältnisse und Abreden gehen schriftlicher Freistellungsvereinbarung vor – Tätigkeit des Tierpflegers zum Zeitpunkt des Unfalls diene der versicherten Tätigkeit – Urteil des Hessischen LSG vom 30.06.2020 – L 3 U 105/16 ZVW – DOK 121.13:311.01	608 - 620

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Arbeitsunfall

- 02 Probearbeitstag in einem Entsorgungsunternehmen – Sturz von der Laderampe eines Mülltransporters – epidurales Hämatom – keine versicherte Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII – keine Eingliederung in das Unternehmen – bei Eingliederung muss die Unternehmenszugehörigkeit nach außen dokumentiert werden – sog. „Wie-Beschäftigung“ bejaht – kein überwiegendes Eigeninteresse des Probearbeitenden, Arbeitsplatz zu erhalten – fremdnütziges Interesses des Unternehmens an geeigneten Arbeitskräften überwiegt – Urteil des BSG vom 20.08.2019 – B 2 U 1/18 R – DOK 311.01:312:374 [47 - 55](#)
- 02 Einführungsseminar bei einem Jugendfreiwilligendienst – Unfall einer Seminarteilnehmerin nach Seminarende auf einer Hüpfburg – grundsätzlicher Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII bejaht – allerdings kein sachlicher Zusammenhang zwischen Unfall und versicherter Tätigkeit – Versicherungsschutz besteht nur während der Seminarzeit – hier Freizeitunfall – Unfall infolge spielerischen Verhaltens bejaht, aber kein Versicherungsschutz wie bei Auszubildenden oder Schülern – keine betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung – kein Ausgesetztsein besonderer, dem Seminarbetrieb zuzurechnender, Gefahren – Revision zum BSG zugelassen – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 25.09.2019 – L 3 U 41/17 – DOK 311.01:374.286 [56 - 65](#)
- 04 Schüler einer Schule für körperbehinderte Menschen mit Problemen bei der Nahrungsaufnahme verschluckt sich – Anlass war Abschlussfeier der Schule – apallisches Syndrom mit Wachkoma als Folge – kein Arbeitsunfall – kein Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 8b SGB VII – Behinderung rechtlich wesentlich für Verschlucken – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 17.12.2019 – L 16 U 79/16 – DOK 311.082:374.114:374.283 [179 - 196](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
04 Klägerin als Bankangestellte zwei Banküberfällen ausgesetzt – als Arbeitsunfälle anerkannt – keine zeitnah festgestellten Gesundheitsbeeinträchtigungen – Anpassungsstörung mit ängstlich depressiver Symptomatik sowie Panikstörung erst Jahre später objektivierbar – nicht rechtlich wesentlich auf Arbeitsunfälle zurückführbar – A-Kriterium zwar erfüllt, aber keine Initialreaktion im Sinne eines Erstschadens zeitnah zu den Ereignissen – B- und C-Kriterium fehlen – Ereignisse allenfalls Gelegenheitsursache – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 29.08.2019 – L 15 U 511/17 – DOK 371:374.286:375.2	197 - 206
05 Kollision eines unter einer Bahnschranke eingeklemmten PKW mit einem Zug ohne Personenschaden – Miterleben des Unfalls durch Fahrdienstleiter – anschließende „psychische Belastungsreaktion“ des Fahrdienstleiters – fragliche versicherte Tätigkeit – fragliche äußere Einwirkung i.S.d. Unfallbegriffs – keine exakte Diagnosestellung durch gerichtlichen Gutachter – LSG erkannte Arbeitsunfall an – BSG verweist die Sache zur Sachverhaltsaufklärung zurück – Urteil des BSG vom 26.11.2019 – B 2 U 8/18 R – DOK 370:375.0	259 - 268
05 Begutachtung psychischer Erkrankungen – psychische Erkrankungen nicht mehr tabuisiert – Bedeutungszunahme psychischer Erkrankungen – Zuverlässigkeit psychiatrischer Gutachten durch Maßnahmen der Qualitätssicherung – Begutachtung der beruflichen Leistungsfähigkeit – Begutachtungskriterien – Beschwerdevalidierung bzw. Konsistenzprüfung – Kausalitätsbegutachtung in der gesetzlichen Unfallversicherung bei psychischen Erkrankungen – mögliche konkurrierende Faktoren – vom BSG festgelegte Kriterien – Hinweis auf Aufsatz von Tobias Mushoff, Begutachtung psychischer Erkrankungen im Sozialversicherungsrecht – DOK 375.315:412.06:412.8	294
06 Klägerin besuchte die Kinder- und Jugendsportschule in der DDR – Knieverletzung beim Weitsprung bei einem Leichtathletikwettkampf – Klägerin war Mitglied im Leistungskader – Distorsion rechtes Kniegelenk 1978 – 2010 vom Durchgangsarzt festgestellte Meniskusläsion rechtes Kniegelenk – Streitiges Arbeitsunfallereignis – sachlicher Zusammenhang mit versicherter Tätigkeit (Schulbesuch) ist aufzuklären – §§ 1150, 548 RVO – § 220 AGB DDR – BSG verweist das Verfahren an das LSG zurück – Urteil des BSG vom 26.11.2019 – B 2 U 3/18 R – DOK 311.082:318	307 - 318

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
08 Bewilligung einer ambulanten Reha-Leistung durch die DRV – „Rehabilitandin“ verunfallt in der Reha-Klinik – Ausrutschen vor dem Empfang – u.a. Fraktur eines Knöchels – Ablehnung eines Arbeitsunfalls durch UVT – streitige Abgrenzung zwischen Reha-Maßnahme und Nachsorgeleistung – LSG bejaht Arbeitsunfall – § 2 Abs. 1 Nr. 15a SGB VII – Begriff des Heilmittels als Reha-Maßnahme – Bewegungsbäder und physiotherapeutische Behandlung sind Reha-Maßnahmen, keine Nachsorgeleistung – stationäre Reha zuvor wurde nicht erfolgreich abgeschlossen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 30.04.2020 – L 10 U 1168/17 – DOK 311.151:374.2	437 - 445
08 Plötzlicher Herzstillstand einer Bankangestellten nach einem Streitgespräch mit dem Stellvertreter der Abteilungsleiterin – Arbeitsunfall von BG abgelehnt – Überprüfungsverfahren nach § 44 Abs. 1 S. 1 SGB X blieb erfolglos – Arbeitsunfall vom LSG abgelehnt – kein von außen auf den Körper einwirkendes Ereignis – Streitgespräch als äußere Einwirkung genügt nicht – nur „Extremsituationen“ könnten als äußere geistig-seelische Einwirkung für die Anerkennung eines Arbeitsunfallereignisses genügen – Urteil des Schleswig-Holsteinischen LSG vom 23.01.2019 – L 8 U 24/16 – DOK 370.1:374.21	446 - 457
08 Aufsuchen eines Umkleieraumes unmittelbar vor der Arbeit – Anziehen eines Firmen T-Shirts – Hineinstellen einer Limonadenflasche in den Spind – Flasche explodiert und verletzt die Klägerin – kein Arbeitsunfall – Handlungstendenz auf eigenwirtschaftliche Nahrungsaufnahme gerichtet – keine besonderen Umstände für eine betrieblich bedingte Nahrungsaufnahme erkennbar – Urteil des Thüringer LSG vom 04.06.2020 – L 1 U 1340/19 – DOK 374.283	458 - 462
09 Dienstreise – Einnahme eines Abendessens in einem Lokal am Dienort – Sprengstoffanschlag eines Selbstmordattentäters – kein Arbeitsunfall – Einnahme eines Essens auf der Dienstreise eigenwirtschaftlich – keine Gefahrenquelle gegeben, der der Versicherte nicht auch am Wohnort hätte begegnen können – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 13.05.2020 – L 3 U 124/17 – DOK 371.4:374.283	516 - 522
09 Sturz zwischen Waschbeckenbereich und Toilettenräumen in einer Toilettenanlage – Außentür zur Toilettenanlage war bereits durchschritten – kein Arbeitsunfall – eigenwirtschaftliche Tätigkeit im gesamten Bereich einer Toilettenanlage – Sturzgefahr auf nassem Fußboden im Toilettenbereich allgemein bekannte Gefahr – kein	523 - 538

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- Vergleich zum Dienstunfallschutz bei Beamten – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 30.04.2020 – L 10 U 2537/18 – DOK 374.282
- 10 Umlagerung einer ca. 130 Kg schweren Patientin als äußeres Ereignis – Dissektion in der Aortenwurzel – Vorerkrankung der mittleren Wandschicht der Aorta – möglicher Bluthochdruck, Rauchen und männliches Geschlecht weitere Risikofaktoren – Anheben eines schweren Gewichts ist geeignet eine Dissektion der Aorta hervorzurufen – keine überragende Bedeutung der Krankheitsanlage – Anheben der schweren Patientin ist kein alltäglicher Vorgang – Vergleich hat nicht mit den Anforderungen des ausgeübten Berufes, sondern denen des alltäglichen Lebens zu erfolgen – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 23.01.2020 – L 6 U 121/15 – DOK 374.21:375.0 [585 - 594](#)
- 11 Unfall eines freigestellten Tierpflegers eines deutschen Zoos in Vietnam – Tätigkeit in vietnamesischem Nationalpark – Ausstrahlung nach § 4 Abs. 1 SGB IV – Fortbestehen des Beschäftigungsverhältnisses mit deutschem Zoo – eigenes Interesse des Zoos als Arbeitgeber an der Tätigkeit des Tierpflegers im Ausland – intensiver Kontakt, Weiterzahlung der Vergütung und tragen der Dienstkleidung des deutschen Zoos sprechen für ein Beschäftigungsverhältnis – faktische Verhältnisse und Abreden gehen schriftlicher Freistellungsvereinbarung vor – Tätigkeit des Tierpflegers zum Zeitpunkt des Unfalls diene der versicherten Tätigkeit – Urteil des Hessischen LSG vom 30.06.2020 – L 3 U 105/16 ZVW – DOK 121.13:311.01 [608 - 620](#)
- 12 Erstattungsstreit – Arbeitsunfall – Reinigungsarbeiten einer Mesnerin in der Kirche – mit Reinigungsutensilien neben Seitenaltar sitzend aufgefunden – schwere Schädel-Hirn-Verletzung – Unfall aus ungeklärten Gründen – keine Erinnerung an konkretes Sturzgeschehen – Beweiserleichterung bei Sturz von allein arbeitenden Versicherten am konkreten Arbeitsplatz – keine Änderung der ständigen Rechtsprechung des BSG – Abgrenzung zu Wegeunfallversicherung – Urteil des SG Hamburg vom 23.10.2020 – S 40 U 26/19 – DOK 374:785.3 [662 - 670](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Wegeunfall

- 02 Kurzer „Abweg“ einer Angestellten eines Juwelierladens auf dem Weg zur Arbeitsstätte – Treffen mit der Geschäftsführerin des Juwelierladens – gemeinsames Aufschließen des Juwelierladens – Unfall auf dem Weg vom Ziel weg – Weg dient Sicherheitsaspekten – Versicherungsschutz nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII bejaht, da Weg betriebsdienlich – Urteil des SG Osnabrück vom 16.05.2019 – S 19 U 123/18 – DOK 372.12:374 [66 - 72](#)
- 03 Unfall beim Radfahren während einer teambildenden Maßnahme – Fahrradtour eingebettet in einen Workshop – vom Arbeitgeber gewünschte Stärkung des Gemeinschaftsgefühls – gesamte Abteilung hat teilgenommen – Arbeitgeber Kostenträger und Organisator – bevollmächtigter Vertreter der Abteilungsleitung anwesend – Arbeitsunfall bejaht – versicherte Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII – Erfüllung einer vermeintlichen Pflicht aus dem Arbeitsverhältnis – betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung gegeben – Urteil des LSG Hamburg vom 29.05.2019 – L 2 U 6/18 – DOK 311.01:374.111:374.2 [86 - 94](#)
- 04 Unfall auf der Rückfahrt vom Urlaub zur Betriebsstätte – Urlaubsort ist sog. Dritter Ort – Wegstrecke vom dritten Ort zur Betriebsstätte um das 30-fache verlängert – eigenwirtschaftliche Tätigkeit am dritten Ort – einheitliche Handlungstendenz für den gesamten Weg, den eigenwirtschaftlichen Aufenthalt am dritten Ort zu beenden – keine Aufteilung des gesamten Weges in eigenwirtschaftlichen und betriebsbezogenen Teil – Revision zum BSG zugelassen – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 17.10.2019 – L 21 U 70/17 – DOK 372.11:374.28 [207 - 224](#)
- 04 Wegeunfall eines Versicherten – falsche Befundung einer Röntgenaufnahme durch den D-Arzt im Rahmen der BG-Behandlung – übersehene Fraktur im Beckenbereich – als Folge Coxarthrose und Implantat eine Hüft-TEP – nach Abschluss der BG-Behandlung erfolgte private Weiterbehandlung des Versicherten durch D-Arzt – keine erneute Befundung der Verletzung – kein Erkennen der Fraktur – Abgrenzung der Haftung der BG und des D-Arztes – D-Arzt haftet – Urteil des OLG Sachsen-Anhalt vom 28.11.2019 – 1 U 75/18 – DOK 372.1:411.17:750.11 [225 - 238](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anla-
gen)

- 05 Anerkennung Wegeunfall – tödlicher Verkehrsunfall des Vaters des Klägers – Hinterbliebenenleistungen – Zulässigkeit der unselbständigen Anschlussberufung – fehlende Beschwer unerheblich – kein neuer Streitgegenstand wenn SG nicht über Hinterbliebenenleistungen entschieden hat – kein Anspruch der Hinterbliebenen auf isolierte Feststellung eines Versicherungsfalls beim Verstorbenen – Kläger erfüllt Anspruchsvoraussetzungen auf Halbwaisenrente – Tod infolge des Versicherungsfalls eingetreten – Zurücklegung des Heimweges hat Tod objektiv verursacht – Nutzung des Smartphones nicht als Wirkursache des Unfallereignisses festgestellt – nur einmalig ca. 7 Minuten vor dem Unfall dokumentiert – Fahrfehler rechtlich wesentlich für den Unfall, da keine (unversicherten) Wirkursachen festgestellt werden konnten – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 16.08.2019 – L 12 U 2610/18 – DOK 186.1:372.12:374.28 [248 - 258](#)
- 05 Auffahrunfall auf dem Heimweg von der Arbeit 1983 – Klägerin wartet auf Weisung der Polizei am Unfallort – während der anschließenden Unfallaufnahme zwischen Polizei und Klägerin fährt weiteres Kfz in die Unfallstelle – Anerkennung als Arbeitsunfall mit MdE 20 v.H. – Verschlimmerungsantrag 2016 – nunmehr MdE 30 v.H. – UVT hält Ausgangsbescheide für rechtswidrig und „friert“ die Rente ein – §§ 45 Abs. 3, 48 Abs. 3 SGB X – Arbeitsunfall gegeben – weisungsgemäßes Warten auf Anordnung der Polizei ist kein eigenwirtschaftliches Regulierungsgespräch – keine eigenwirtschaftliche Handlungstendenz beim Warten auf polizeiliche Anordnung hin – Urteil des SG Hamburg vom 25.10.2019 – S 40 U 87/17 – DOK 372.12:374.28 [269 - 275](#)
- 06 Grundsätzlich klarstellendes Urteil des BSG für Unfälle auf Wegen, die vom dritten Ort aus angetreten werden – Unfall aus 2004 auf dem Weg zur Arbeitsstätte vom dritten Ort aus angetreten – Weg vom dritten Ort 44 km, üblicher Weg 2 km – Wegeunfall vom BSG anerkannt, nach ursprünglicher Ablehnung auch in drei Verfahren nach § 44 SGB X – geläuterte Rechtsauffassung des BSG zum maßgeblichen heutigen Beurteilungszeitpunkt – ursprüngliche Verfahrensfehler, da kein VA erlassen wurde, sondern Rentenausschuss entschied – Kompetenzüberschreitung des Rentenausschusses – VA dennoch nicht nichtig – Klarstellung des Streitgegenstandes von Verfahren nach § 44 SGB X – Bestätigung der Rechtsprechung zur sog. „Zwei-Stunden-Grenze“ – bei Wegen vom dritten Ort zur Arbeitsstätte kein mathematischer oder wertender [319 - 337](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- Angemessenheitsvergleich der Wegstrecken – Urteil des BSG vom 30.01.2020 – B 2 U 2/18 R – DOK 372.11
- 06 Unfall auf dem Rückweg von der Arbeit beim Betanken des Fahrzeugs – kein Wegeunfall – Tanken ist im Regelfall grundsätzlich eine privatwirtschaftliche Vorbereitung für den Weg zur und von der Arbeit – Unterbrechung des Weges i.S.d. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII gegeben – Unterbrechung nicht geringfügig – Urteil des BSG vom 30.01.2020 – B 2 U 9/18 R – DOK 372.12 [338 - 347](#)
- 07 Unfall einer Arbeitnehmerin auf dem Rückweg vom Kindergarten zu ihrem Home-Office – kein Arbeitsunfall – kein Wegeunfall nach § 8 Abs. 2 Nr. 2 SGB VII – unversicherter Abweg auf dem Weg zur Arbeitsstätte – keine Rechtsfortbildung im Wege der Analogie mangels Regelungslücke – historischer Gesetzgeber nahm bewusst Arbeitende im Home-Office vom Unfallversicherungsschutz nach § 8 Abs. 2 Nr. 2 SGB VII aus – Sachverhalt wurde nicht vom Gesetzgeber übersehen – Urteil des BSG vom 30.01.2020 – B 2 U 19/18 R – DOK 785.3:372.1:372.61 [417 - 431](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Berufskrankheiten

- 03 Ablehnung der Anerkennung einer BK 3102 (von Tieren auf Menschen übertragbare Krankheiten) – keine generelle Geeignetheit an von Tieren ausgehenden Einwirkungen zu erkranken bei „Telearbeitsplatzsachbearbeitern“ – Zucht und Haltung von Vögeln im häuslichen Arbeitsraum – zudem fehlender Nachweis dass die Erkrankung durch die betreffende Tätigkeit verursacht wurde – aus Sicht des UV-Trägers handelt es sich um eine sogen. Eingebraachte Gefahr – Revision nicht zugelassen – Beschluss des LSG Mecklenburg-Vorpommern vom 03.07.2019 – L 5 U 29/18 – DOK 376.3-3102 [95 - 102](#)
- 05 Keine Sonderrechtsnachfolge bei Versterben des Versicherten während des erstinstanzlichen Klageverfahrens – mögliche Überprüfung im Zugunstenverfahren gem. § 44 SGB X hindert nicht das Erlöschen etwaiger Geldleistungen nach § 59 S. 2 SGB I – kein Feststellungsinteresse der Erben an der Fortführung des Rechtsstreites hinsichtlich der Frage, ob der Versicherte an einer BK 4105 erkrankt war – Hinterbliebenenleistungen nicht Gegenstand der Klage – mögliche Absicht, Hinterbliebenenleistungen zu erhalten, begründet kein Feststellungsinteresse, da diese eigene Prüfungen der Anspruchsvoraussetzungen erfordern – Revision wegen abweichender Entscheidung des BSG zugelassen – Urteil des LSG Hamburg vom 04.12.2019 – L 2 U 40/18 – DOK 113:143.261:185.1 [240 - 247](#)
- 05 Anerkennung einer Siderofibrose bei einem Stahlschlosser – zur Beurteilung des Kriteriums „extreme Einwirkungen“ bei der BK Nr. 4115 – Anerkennung der arbeitstechnischen Voraussetzungen bei einer kumulativen Schweißrauchbelastung von 258 mg/m³ x Jahre – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 17.05.2018 – L 14 U 27/17 – DOK 376.3-4115 [276 - 287](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
06 Feststellung des Minderverdienstes bei einem Friseurmeister, der nach Aufgabe seiner Tätigkeit am Kunden nur noch in Teilzeit mit der Verwaltung seiner Friseursalons beschäftigt ist – trotz Aufforderung durch die Beklagte keine Arbeitslosmeldung – Übersteigt das tatsächliche Einkommen die Versicherungssumme, kann kein Minderverdienst festgestellt werden – fehlende Arbeitslosmeldung des Versicherten führt nicht zum Ausschluss der Übergangsleistungen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 24.10.2019 – L 6 U 1306/19 – DOK 376.3-5101:440	348 - 361
07 Keine Anerkennung einer BK 1317 bei einem Drucker – Zusammenhang zwischen Erkrankung und beruflicher Tätigkeit nicht hinreichend wahrscheinlich – spätes Auftreten von Enzephalopathie und Polyneuropathie spricht gegen eine berufliche Verursachung – berufliche Exposition nur im Rahmen der rechtlichen Grenzwerte – Urteil des LSG für das Saarland vom 06.02.2019 – L 7 U 26/16 – DOK 376.3-1317	381 - 398
08 Hautkrebserkrankung eines Fährführers als BK 5103 anerkannt – Keine Hinzurechnung der Standard-Erythemdosen (SED) zur Gesamtbelastung, denen ein Fährführer als (unversicherter) Selbständiger ausgesetzt ist – Begründung des ärztlichen Sachverständigenbeirats zur BK 5103 in diesem Sinne zu verstehen – Technische Informationen des IFA zur BK 5103 insoweit unzutreffend – Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung der Sache zugelassen – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 18.12.2019 – L 3 U 1/17 – DOK 376.3-5103	463 - 471
09 Frage der Todesursächlichkeit einer bei dem Versicherten anerkannten Asbestose – Tod infolge Blutungen der Speiseröhre – kein Zusammenhang mit der anerkannten BK Nr. 4103 feststellbar – auch keine Mitursächlichkeit gegeben – keine Anwendung der Kausalitätsvermutung des § 63 Abs.2 SGB VII, da MdE nur 40 v. H. – Urteil des Hess. LSG vom 30.06.2020 – L 3 U 151/17 – DOK 376.3-4103:471:474:182.2	539 - 539
10 Ursprüngliche MdE-Bewertung zu hoch angesetzt – Abschmelzung gemäß § 48 Abs. 3 SGBX erfolgte nicht – nachweisliche aktuelle Verschlimmerung in der BK-Folge ist umzusetzen, auch wenn damit eine objektiv zu hohe MdE-Bewertung erfolgt – Auferlegung von Verschuldungskosten (§ 192 SGG) i.H. v. 1.000 €, da Berufung nicht zurückgenommen wurde – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 21.08.2019 – L 10 U 204/18 – DOK 143.265	575 - 584

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 11 Voraussetzungen für die Anerkennung einer „Wie-BK“ – derzeit keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse für eine beruflich bedingte PTBS bei Rettungskräften – ärztlicher Sachverständigenbeirat beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales befasst sich derzeit nicht mit der Aufnahme einer entsprechenden Krankheit in die BK-Liste – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 13.12.2019 – L 8 U 4271/18 – DOK 376.6 [621 - 634](#)
- 12 Die Befundkonstellation B 3 der Konsensempfehlungen verlangt, dass mindestens 3 Segmente betroffen sind – Das 2. Zusatzkriterium „besonders intensive Belastung“ ist nicht bereits dann erfüllt, wenn eine Belastungsdosis von 12,5 MNh in weniger als 10 Jahren erreicht wird – Urteil des LSG für das Saarland vom 21.10.2020 – L 7 U 18/18 – DOK 376.3-2108 [671 - 687](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

MdE / Rente / haftungsausfüllende Kausalität

- 02 Kein Ausschluss des Verletztentgeltbezuges bei noch geringfügig beschäftigtem Altersrentner – Rentenbeginn bei einem BK-Rentner (mit einer MdE von 100 v.H.) erst nach 78 Wochen – Aufhebung des anderslautenden LSG-Urteils – Urteil des BSG vom 20.08.2019 – B 2 U 7/18 R – DOK 431.3: 453 [73 - 79](#)
- 03 Keine Zahlung einer Abfindung gem. §§ 78, 79 SGB VII, wenn die Lebenserwartung des Antragstellers nach den vom Statistischen Bundesamt ausgegebenen Generationssterbetafeln zehn Jahre nicht erreicht – die Wahrscheinlichkeit, die nächsten drei Jahre zu überleben, reicht für die im Zuge der Ermessensentscheidung zu treffende Abwägung nicht aus – keine Orientierung an den Vorgaben im Versorgungsrecht – Urteil des Hess. LSG vom 28.01.2020 – L 3 U 90/17 – DOK 483.1 [103 - 109](#)
- 05 Begutachtung psychischer Erkrankungen – psychische Erkrankungen nicht mehr tabuisiert – Bedeutungszunahme psychischer Erkrankungen – Zuverlässigkeit psychiatrischer Gutachten durch Maßnahmen der Qualitätssicherung – Begutachtung der beruflichen Leistungsfähigkeit – Begutachungskriterien – Beschwerdevalidierung bzw. Konsistenzprüfung – Kausalitätsbegutachtung in der gesetzlichen Unfallversicherung bei psychischen Erkrankungen – mögliche konkurrierende Faktoren – vom BSG festgelegte Kriterien – Hinweis auf Aufsatz von Tobias Mushoff, Begutachtung psychischer Erkrankungen im Sozialversicherungsrecht – DOK 375.315:412.06:412.8 [294](#)
- 07 Zur MdE-Bewertung der Beeinträchtigung der Daumenfunktion – Einordnung der Konsensempfehlungen zur MdE-Neubewertung vom 27.06.2018 durch das LSG – die Empfehlungen sind nicht als dem aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstand entsprechend anzusehen – sie können nach Auffassung des Gerichts daher nicht zur Begründung einer höheren MdE herangezogen werden – Urteil des LSG vom 15.10.2019 – L 3 U 155/18 – DOK 451 [399 - 407](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Heilbehandlung / sonstige Leistungen / allgemeines Leistungsrecht (SGB I)

- 05 Keine Sonderrechtsnachfolge bei Versterben des Versicherten während des erstinstanzlichen Klageverfahrens – mögliche Überprüfung im Zugunstenverfahren gem. § 44 SGB X hindert nicht das Erlöschen etwaiger Geldleistungen nach § 59 S. 2 SGB I – kein Feststellungsinteresse der Erben an der Fortführung des Rechtsstreites hinsichtlich der Frage, ob der Versicherte an einer BK 4105 erkrankt war – Hinterbliebenenleistungen nicht Gegenstand der Klage – mögliche Absicht, Hinterbliebenenleistungen zu erhalten, begründet kein Feststellungsinteresse, da diese eigene Prüfungen der Anspruchsvoraussetzungen erfordern – Revision wegen abweichender Entscheidung des BSG zugelassen – Urteil des LSG Hamburg vom 04.12.2019 – L 2 U 40/18 – DOK 113:143.261:185.1 [240 - 247](#)
- 05 Versterben eines bosnischen Staatsangehörigen nach einem Wegeunfall in Deutschland – Tätigkeit für eine Firma mit Sitz in Deutschland – ständiger Familienwohnsitz des Verstorbenen in Deutschland – Bestattung in Bosnien-Herzegowina – kein Anspruch auf Erstattung von Überführungskosten – ständige Familienwohnung ist Bezugspunkt für § 64 Abs. 2 SGB VII – keine Benachteiligung gemäß § 33c SGB I – Urteil des Hessischen LSG vom 24.09.2019 – L 3 U 156/16 – DOK 462-BIH [288 - 293](#)
- 07 Arbeitsunfall – Vorstellung des Verletzten beim D-Arzt – Verdacht auf Sehnenruptur – D-Arzt ordnet besondere Heilbehandlung an und überweist Verletzten zum MRT – Ärzte in der Radiologie keine D-Ärzte – Sehnenriss wird dort erst ein halbes Jahr später nach erneutem MRT festgestellt – Verletzter verlangt Schmerzensgeld von den Radiologen – Revision verweist Verfahren an das OLG zurück – keine Haftung des UV-Trägers für Handeln des D-Arztes – mit Entscheidung über besondere Heilbehandlung ist hoheitliche Tätigkeit des D-Arztes beendet – Ärzte der Radiologie haften persönlich – Urteil des BGH vom 10.03.2020 – VI ZR 281/19 – DOK 750:026 [408 - 416](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Zuständigkeit / UV-Pflichtmitgliedschaft

- 02 Das SGB enthält keine Rechtsgrundlage für einen UV-Träger, die Beitragspflicht eines Unternehmens für bestimmte Personen(gruppen) dem Grunde nach festzustellen – ob eine Person zum Kreis der versicherten Personen gehört und unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung steht, ergibt sich inzident aus der Entscheidung über die Anerkennung eines Versicherungsfalles – eine Austrägerin, die von der Gemeinde eigenständig und eigenverantwortlich zum Austeilen der Zeitung eingesetzt wird, steht in keinem Beschäftigungsverhältnis zum Zeitungsverlag – in Betracht kommen insoweit eine selbständige oder ehrenamtliche Tätigkeit – Urteil des LSG NRW vom 28.05.2019 – L 15 U 715/16 – DOK
121.21:311.01:531:541

[27 - 37](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Beitrag

- 08 Anfechtung von Veränderungen der Tarifstellen im Gefahrtarif – weitgehender Ermessensspielraum des Satzungsgebers bei der Zuordnung von Gefahrtarifstellen – kein Verstoß gegen die Vorgaben der §§ 157 ff. SGB VII – auch kein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 Abs. 1 GG – Urteil des Thüringer LSG vom 12.12.2019 – L 1 U 1487/18 – DOK 523 [472 - 481](#)
- 09 Diskutiert wird die Frage, ob der redliche Insolvenzschuldner nach Erteilung der Restschuldbefreiung mit Zwangsvollstreckungsmaßnahmen auch hinsichtlich der Masse-Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung rechnen muss – Analyse des Urteils des BFH vom 28.11.2017, in dem das Gericht entschieden hatte, dass von einer Restschuldbefreiung Steuer-Masseverbindlichkeiten nicht erfasst werden – Hinweis auf Aufsatz von Gerd Bigge, Werden Sozialversicherungsbeiträge in ihrer Eigenschaft als sonstige Masseverbindlichkeiten (§ 55 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 InsO) von der Restschuldbefreiung erfasst? – DOK 095.2 [548 - 549](#)
- 10 Beitragspflicht eines starken vorläufigen Konkursverwalters ist Masseschuld – keine Gleichstellung mit Gesamtsozialversicherungsbeitrag – sachliche Rechtfertigung dieser rechtlichen Bewertung durch Sonderstellung der gesetzlichen Unfallversicherung – Revision zum BSG wegen grundsätzlicher Bedeutung der Sache zugelassen – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 21.10.2019 – L 2 U 9/19 – DOK 095.2 [550 - 574](#)
- 11 Rechtmäßigkeit eines Beitragsbescheides – 5 % Zuschlag ist satzungskonform erhoben worden – kein Verstoß der Satzung gegen höherrangiges Recht – weitreichender Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum des Satzungsgebers – insbesondere kein Verstoß gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz – Rückwirkungsverbot hier nicht verletzt – Urteil des BSG vom 23.06.2020 – B 2 U 10/18 R – DOK 531: 533.1 [635 - 648](#)
- 11 Rechtmäßigkeit eines Beitragszuschlags von 10 v.H. – sachgerechte Regelung des Beitragszuschlagsverfahrens in § 29 der Satzung der Beklagten – kein Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot – Art. 3 GG ebenfalls nicht verletzt – Aufhebung des anderslautenden LSG Urteils – Urteil des BSG vom 23.06.2020 – B 2 U 4/18 R – DOK 531:533.1 [649 - 661](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 12 Beitragszuschlagserhebung bei Eishockeyprofilverein rechtswidrig – drei Jahre zurückliegender Unfall hätte nicht berücksichtigt werden dürfen – anderslautende Satzungsregelung der Beklagten ist in diesem einschränkenden Sinne auszulegen – Urteil des BSG vom 23.06.2020 – B 2 U 13/18 R – DOK 531: 533.1

[688 - 696](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Regress / Haftungsbeschränkung

- 03 Haftung gemäß § 110 Abs. 1 SGB VII für den Unfall seines Leiharbeitnehmers – Absturz aus 4 m Höhe auf fremden Betriebsgelände – keine Absturzsicherungen vorhanden – grobe Fahrlässigkeit gemäß § 110 Abs. 1 SGB VII gegeben – Entleiher und Vorgesetzter hätten selbst für eine Absturzsicherung sorgen müssen – kein Mitverschulden des Leiharbeitnehmers – Urteil des LG Detmold vom 09.11.2018 – 1 O 160/17 – DOK 754.14:754.23:754.3 [110 - 128](#)
- 03 Regressanspruch des UVT nach § 110 Abs. 1 SGB VII gegen Arbeitgeber – Beförderung eines Arbeitnehmers mittels am Kran befestigter Gitterbox auf 4 m Höhe – Absturz aus dieser Höhe – RVT lässt seinen Regressanspruch verjähren – UVT und RVT keine notwendigen Streitgenossen – sind wie Gesamtgläubiger zu behandeln – § 117 Abs. 1 SGB X – Verjährung des Anspruchs des RVT ist für UVT unschädlich – grobe Fahrlässigkeit bejaht – § 36 UVV Krane – Mitverschulden des Verletzten – Urteil des LG Ingolstadt vom 09.12.2019 – 53 O 1800/17 – DOK 754.23:754.3:752.3 [129 - 141](#)
- 04 Wegeunfall eines Versicherten – falsche Befundung einer Röntgenaufnahme durch den D-Arzt im Rahmen der BG-Behandlung – übersehene Fraktur im Beckenbereich – als Folge Coxarthrose und Implantat eine Hüft-TEP – nach Abschluss der BG-Behandlung erfolgte private Weiterbehandlung des Versicherten durch D-Arzt – keine erneute Befundung der Verletzung – kein Erkennen der Fraktur – Abgrenzung der Haftung der BG und des D-Arztes – D-Arzt haftet – Urteil des OLG Sachsen-Anhalt vom 28.11.2019 – 1 U 75/18 – DOK 372.1:411.17:750.11 [225 - 238](#)
- 07 Unfall auf dem Weg zur Arbeitsstätte vom sog. dritten Ort aus – Wegeunfall anerkannt – BSG bestätigt seine „geläuterte Rechtsauffassung“ aus dem Urteil B 2 U 2/18 R – bei Wegeunfällen von einem dritten Ort aus zur Arbeitsstätte ist ein Wegstreckenvergleich unerheblich – ebenso der Grund für den Aufenthalt am sog. dritten Ort – Urteil des BSG vom 30.01.2020 – B 2 U 20/18 R – DOK 372.11 [370 - 380](#)
- 07 Arbeitsunfall – Vorstellung des Verletzten beim D-Arzt – Verdacht auf Sehnenruptur – D-Arzt ordnet besondere Heilbehandlung an und überweist Verletzten zum MRT – Ärzte in der Radiologie keine D-Ärzte – Sehnenriss wird dort erst ein halbes Jahr später nach erneutem MRT festgestellt – Verletzter verlangt Schmerzensgeld von den [408 - 416](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- Radiologen – Revision verweist Verfahren an das OLG zurück – keine Haftung des UV-Trägers für Handeln des D-Arztes – mit Entscheidung über besondere Heilbehandlung ist hoheitliche Tätigkeit des D-Arztes beendet – Ärzte der Radiologie haften persönlich – Urteil des BGH vom 10.03.2020 – VI ZR 281/19 – DOK 750:026
- 07 Haftung des UV-Trägers für Fehler des D-Arztes – Haftung für Fehler bei der Befunderhebung, die Diagnosestellung und Erstversorgung durch den D-Arzt – Aufzeigen ungeklärter Sachverhalte – Problematik der Passivlegitimation für geschädigte Versicherte – Streitverkündung – Ingressnahme des D-Arztes durch UV-Träger – Art. 34 S. 2 GG, § 839 BGB – Haftung nach § 280 BGB ohne Beschränkung des Rückgriffes – BGH Rechtsprechung überzeugt nicht – Hinweis auf Aufsatz von Christoph Wagner, Haftung und Regress des Unfallversicherungsträgers bei fehlerhaftem Verhalten des Durchgangsarztes – DOK 411.17:750:026 [432](#)
- 08 Unfall eines 11 Jahre und 9 Monate alten Kindes auf dem Heimweg von der Schule – Kind betrat ohne Beachtung des Verkehrs die Fahrbahn – UVT verlangt Kostenersatz gemäß § 116 Abs. 1 SGB X, § 7 StVG, § 115 VVG – Haftungsquote von 75 % vom UVT in Ansatz gebracht – LG urteilte 50% Haftungsquote aus – OLG erachtet Quote von 75% als angemessen – beim Mitverschuldensanteil des Kindes sind dessen kindliche Eigenschaften zu berücksichtigen – dagegen gesteigerte Betriebsgefahr des KFZ – Urteil des Schleswig-Holsteinischen OLG vom 03.01.2020 – 7 U 33/19 – DOK 750.0:750.12:751.1 [482 - 488](#)
- 09 Achtjähriges Kind fährt rückwärtsschauend auf einer Uferpromenade in Italien Fahrrad – am Uferrand stehende Dame weicht aus und stürzt ins Hafenbecken – Eltern des Kindes befanden sich in Ruf- und Sichtweite – Deutsches Recht anwendbar – Art. 4 Abs. 2 Rom-II-VO – Haftung des Kindes auf Schadensersatz nach § 823 Abs. 1 BGB – erforderliche Einsichtsfähigkeit nach § 828 Abs. 3 BGB gegeben – Kind musste wissen, dass Fahrradfahren mit Blick nach hinten zu Unfällen führen kann – keine Aufsichtspflichtverletzung der Eltern nach § 832 BGB – Urteil des OLG Celle vom 19.02.2020 – 14 U 69/19 – DOK 061 [489 - 501](#)
- 09 Dauerhafte Einschränkung der Haushaltsführungstätigkeit durch Handverletzung nach einem Verkehrsunfall – Kläger erledigte vor dem Unfall wöchentlich 20 Stunden Hausarbeit – erstinstanzliches [502 - 505](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- Gericht bejahte Anspruch auf Ausgleich des Haushaltsführungsschadens für etwas mehr als drei Jahre – künftige Rentenzahlung gemäß § 843 BGB nach dieser Zeit erstinstanzlich abgelehnt – OLG bejaht Anspruch auf Rentenzahlung für die Zukunft – Rentenzahlungsanspruch ist zeitlich unbegrenzt – weder hat eine Begrenzung des Anspruchs nach § 843 BGB auf das Rentenalter zu erfolgen noch auf das 75. Lebensjahr des Klägers – Urteil des OLG Frankfurt vom 24.03.2020 – 22 U 82/18 – DOK 061
- 12 Bestätigung des Regressanspruchs einer Berufsgenossenschaft gegen den Arbeitgeber – grob fahrlässiges Handeln bei Beförderung des Versicherten in provisorisch an einem Kran befestigter Gitterbox – Behandlung mehrerer Regressberechtigter SV-Träger wie Gesamtgläubiger – Beschlüsse des OLG München vom 18.08.2020 und 17.09.2020 – 23 U 177/20 – DOK 745.23:745.3:752.3 [697 - 712](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Verwaltungsverfahren (SGB X)

- 03 Unfall beim Radfahren während einer teambildenden Maßnahme – Fahrradtour eingebettet in einen Workshop – vom Arbeitgeber gewünschte Stärkung des Gemeinschaftsgefühls – gesamte Abteilung hat teilgenommen – Arbeitgeber Kostenträger und Organisator – bevollmächtigter Vertreter der Abteilungsleitung anwesend – Arbeitsunfall bejaht – versicherte Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII – Erfüllung einer vermeintlichen Pflicht aus dem Arbeitsverhältnis – betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung gegeben – Urteil des LSG Hamburg vom 29.05.2019 – L 2 U 6/18 – DOK 311.01:374.111:374.2 [86 - 94](#)
- 04 Kein Erstattungsanspruch eines UV-Trägers hinsichtlich der Kosten einer BGSW – keine rechtzeitige Weiterleitung innerhalb von 14 Tagen – vorwerfbare Unterlassung in diesem konkreten Fall – Prüfung des Reha Bedarfs nicht nachvollziehbar dokumentiert – Urteil des LSG Hamburg vom 28.08.2019 – L 2 U 12/19 – DOK 163:411.35 [144 - 162](#)
- 05 Auffahrunfall auf dem Heimweg von der Arbeit 1983 – Klägerin wartet auf Weisung der Polizei am Unfallort – während der anschließenden Unfallaufnahme zwischen Polizei und Klägerin fährt weiteres Kfz in die Unfallstelle – Anerkennung als Arbeitsunfall mit MdE 20 v.H. – Verschlimmerungsantrag 2016 – nunmehr MdE 30 v.H. – UVT hält Ausgangsbescheide für rechtswidrig und „friert“ die Rente ein – §§ 45 Abs. 3, 48 Abs. 3 SGB X – Arbeitsunfall gegeben – weisungsgemäßes Warten auf Anordnung der Polizei ist kein eigenwirtschaftliches Regulierungsgespräch – keine eigenwirtschaftliche Handlungstendenz beim Warten auf polizeiliche Anordnung hin – Urteil des SG Hamburg vom 25.10.2019 – S 40 U 87/17 – DOK 372.12:374.28 [269 - 275](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 05 Begutachtung psychischer Erkrankungen – psychische Erkrankungen nicht mehr tabuisiert – Bedeutungszunahme psychischer Erkrankungen – Zuverlässigkeit psychiatrischer Gutachten durch Maßnahmen der Qualitätssicherung – Begutachtung der beruflichen Leistungsfähigkeit – Begutungskriterien – Beschwerdevalidierung bzw. Konsistenzprüfung – Kausalitätsbegutachtung in der gesetzlichen Unfallversicherung bei psychischen Erkrankungen – mögliche konkurrierende Faktoren – vom BSG festgelegte Kriterien – Hinweis auf Aufsatz von Tobias Mushoff, Begutachtung psychischer Erkrankungen im Sozialversicherungsrecht – DOK 375.315:412.06:412.8 [294](#)
- 06 Grundsätzlich klarstellendes Urteil des BSG für Unfälle auf Wegen, die vom dritten Ort aus angetreten werden – Unfall aus 2004 auf dem Weg zur Arbeitsstätte vom dritten Ort aus angetreten – Weg vom dritten Ort 44 km, üblicher Weg 2 km – Wegeunfall vom BSG anerkannt, nach ursprünglicher Ablehnung auch in drei Verfahren nach § 44 SGB X – geläuterte Rechtsauffassung des BSG zum maßgeblichen heutigen Beurteilungszeitpunkt – ursprüngliche Verfahrensfehler, da kein VA erlassen wurde, sondern Rentenausschuss entschied – Kompetenzüberschreitung des Rentenausschusses – VA dennoch nicht nichtig – Klarstellung des Streitgegenstandes von Verfahren nach § 44 SGB X – Bestätigung der Rechtsprechung zur sog. „Zwei-Stunden-Grenze“ – bei Wegen vom dritten Ort zur Arbeitsstätte kein mathematischer oder wertender Angemessenheitsvergleich der Wegstrecken – Urteil des BSG vom 30.01.2020 – B 2 U 2/18 R – DOK 372.11 [319 - 337](#)
- 07 Arbeitsunfall – Vorstellung des Verletzten beim D-Arzt – Verdacht auf Sehnenruptur – D-Arzt ordnet besondere Heilbehandlung an und überweist Verletzten zum MRT – Ärzte in der Radiologie keine D-Ärzte – Sehnenriss wird dort erst ein halbes Jahr später nach erneutem MRT festgestellt – Verletzter verlangt Schmerzensgeld von den Radiologen – Revision verweist Verfahren an das OLG zurück – keine Haftung des UV-Trägers für Handeln des D-Arztes – mit Entscheidung über besondere Heilbehandlung ist hoheitliche Tätigkeit des D-Arztes beendet – Ärzte der Radiologie haften persönlich – Urteil des BGH vom 10.03.2020 – VI ZR 281/19 – DOK 750:026 [408 - 416](#)

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
07 Unfall einer Arbeitnehmerin auf dem Rückweg vom Kindergarten zu ihrem Home-Office – kein Arbeitsunfall – kein Wegeunfall nach § 8 Abs. 2 Nr. 2 SGB VII – unversicherter Abweg auf dem Weg zur Arbeitsstätte – keine Rechtsfortbildung im Wege der Analogie mangels Regelungslücke – historischer Gesetzgeber nahm bewusst Arbeitende im Home-Office vom Unfallversicherungsschutz nach § 8 Abs. 2 Nr. 2 SGB VII aus – Sachverhalt wurde nicht vom Gesetzgeber übersehen – Urteil des BSG vom 30.01.2020 – B 2 U 19/18 R – DOK 785.3:372.1:372.61	417 - 431
08 Plötzlicher Herzstillstand einer Bankangestellten nach einem Streitgespräch mit dem Stellvertreter der Abteilungsleiterin – Arbeitsunfall von BG abgelehnt – Überprüfungsverfahren nach § 44 Abs. 1 S. 1 SGB X blieb erfolglos – Arbeitsunfall vom LSG abgelehnt – kein von außen auf den Körper einwirkendes Ereignis – Streitgespräch als äußere Einwirkung genügt nicht – nur „Extremsituationen“ könnten als äußere geistig-seelische Einwirkung für die Anerkennung eines Arbeitsunfallereignisses genügen – Urteil des Schleswig-Holsteinischen LSG vom 23.01.2019 – L 8 U 24/16 – DOK 370.1:374.21	446 - 457
09 Sozialrechtliches Verwaltungsverfahren – Erstattung von Kosten im Vorverfahren – Anspruch auf Freistellung von der Gebührenforderung eines Rechtsanwalts – wirksamer Vergütungsanspruch des Rechtsanwalts – Ankündigung eines Gebührenverzichts bei erfolglos eingelegtem Widerspruch – Nichterhebung der Verjährungseinrede – Urteil des BSG vom 12.12.2019 – B 14 AS 46/18 R – DOK 146.2:163.5	506 - 515
10 Ursprüngliche MdE-Bewertung zu hoch angesetzt – Abschmelzung gemäß § 48 Abs. 3 SGBX erfolgte nicht – nachweisliche aktuelle Verschlimmerung in der BK-Folge ist umzusetzen, auch wenn damit eine objektiv zu hohe MdE-Bewertung erfolgt – Auferlegung von Verschuldungskosten (§ 192 SGG) i.H. v. 1.000 €, da Berufung nicht zurückgenommen wurde – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 21.08.2019 – L 10 U 204/18 – DOK 143.265	575 - 584

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 12 Erstattungsstreit – Arbeitsunfall – Reinigungsarbeiten einer Mesnerin in der Kirche – mit Reinigungsutensilien neben Seitenaltar sitzend aufgefunden – schwere Schädel-Hirn-Verletzung – Unfall aus ungeklärten Gründen – keine Erinnerung an konkretes Sturzgeschehen – Beweiserleichterung bei Sturz von allein arbeitenden Versicherten am konkreten Arbeitsplatz – keine Änderung der ständigen Rechtsprechung des BSG – Abgrenzung zu Wegeunfallversicherung – Urteil des SG Hamburg vom 23.10.2020 – S 40 U 26/19 – DOK 374:785.3

[662 - 670](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Sozialgerichtsverfahren (SGG)

- 02 Sozialgerichtliches Verfahren – medizinische Fragestellungen – medizinische Unterlagen – Beweiswert von Attesten, insbesondere Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen – Krankenakte – von Sozialversicherungsträgern veranlasste Begutachtung – Bedeutung von Befundberichten – vom Gericht eingeholte medizinische Sachverständigengutachten – kein Beweiswert ohne Einholung – Ergiebigkeit – ausreichender Beweiswert für gerichtliche Überzeugungsbildung – Verwertbarkeit – Höhe des Beweiswerts – Hinweis auf Aufsatz von Paul Veit, Der typische Beweiswert ärztlicher Angaben im sozialgerichtlichen Verfahren – DOK 182.17 [80](#)
- 03 Erstattung von Kosten für ein nach § 109 SGG eingeholtes Gutachten – Voraussetzungen einer Kostenübernahme gegeben – Ermittlungen auf psychiatrischem Gebiet veranlasst gewesen – Gutachten nach § 109 SGG hat die von Amts wegen erforderliche Sachaufklärung übernommen und Prozess nachhaltig und nachweisbar gefördert – Erstattungsanspruch nicht verwirkt – § 2 Abs. 1 JEVG nicht anwendbar – § 45 SGB I nicht anwendbar, da Erstattungsanspruch kein Anspruch auf Sozialleistungen – Verwirkung liegt nicht vor, da erforderliches Umstandsmoment fehlt – Beschluss des Landessozialgerichts Sachsen-Anhalt vom 04.07.2018 – L 7 SB 17/18 B – DOK 187 [81 - 85](#)
- 05 Keine Sonderrechtsnachfolge bei Versterben des Versicherten während des erstinstanzlichen Klageverfahrens – mögliche Überprüfung im Zugunstenverfahren gem. § 44 SGB X hindert nicht das Erlöschen etwaiger Geldleistungen nach § 59 S. 2 SGB I – kein Feststellungsinteresse der Erben an der Fortführung des Rechtsstreites hinsichtlich der Frage, ob der Versicherte an einer BK 4105 erkrankt war – Hinterbliebenenleistungen nicht Gegenstand der Klage – mögliche Absicht, Hinterbliebenenleistungen zu erhalten, begründet kein Feststellungsinteresse, da diese eigene Prüfungen der Anspruchsvoraussetzungen erfordern – Revision wegen abweichender Entscheidung des BSG zugelassen – Urteil des LSG Hamburg vom 04.12.2019 – L 2 U 40/18 – DOK 113:143.261:185.1 [240 - 247](#)
- 05 Anerkennung Wegeunfall – tödlicher Verkehrsunfall des Vaters des Klägers – Hinterbliebenenleistungen – Zulässigkeit der unselbständigen Anschlussberufung – fehlende Beschwer unerheblich – kein [248 - 258](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- neuer Streitgegenstand wenn SG nicht über Hinterbliebenenleistungen entschieden hat – kein Anspruch der Hinterbliebenen auf isolierte Feststellung eines Versicherungsfalls beim Verstorbenen – Kläger erfüllt Anspruchsvoraussetzungen auf Halbwaisenrente – Tod infolge des Versicherungsfalls eingetreten – Zurücklegung des Heimweges hat Tod objektiv verursacht – Nutzung des Smartphones nicht als Wirkursache des Unfallereignisses festgestellt – nur einmalig ca. 7 Minuten vor dem Unfall dokumentiert – Fahrfehler rechtlich wesentlich für den Unfall, da keine (unversicherten) Wirkursachen festgestellt werden konnten – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 16.08.2019 – L 12 U 2610/18 – DOK 186.1:372.12:374.28
- 05 Kollision eines unter einer Bahnschranke eingeklemmten PKW mit einem Zug ohne Personenschaden – Miterleben des Unfalls durch Fahrdienstleiter – anschließende „psychische Belastungsreaktion“ des Fahrdienstleiters – fragliche versicherte Tätigkeit – fragliche äußere Einwirkung i.S.d. Unfallbegriffs – keine exakte Diagnosestellung durch gerichtlichen Gutachter – LSG erkannte Arbeitsunfall an – BSG verweist die Sache zur Sachverhaltsaufklärung zurück – Urteil des BSG vom 26.11.2019 – B 2 U 8/18 R – DOK 370:375.0 [259 - 268](#)
- 06 Unzulässigkeit einer Nichtzulassungsbeschwerde – nicht formgerecht eingelegte Beschwerde – Übermittlung der Beschwerde an das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) gemeinsam mit anderen Dokumenten mit einer „Container-Signatur“ – Verfassungsmäßigkeit des § 4 Abs. 2 ERVV – Verbot der Container-Signatur – Eingangsfiktion nach § 65a Abs. 6 SGG nicht anwendbar, da Verarbeitbarkeit des Dokuments nicht betroffen – Wiedereinsetzung in den vorigen Stand – Fehler des Gerichts – Anforderungen an Wiedereinsetzung mit besonderer Fairness zu handhaben – weder Zulassungsgrund der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache noch der Divergenz gegeben – Verfahrensmangel nicht in der gebotenen Weise dargelegt – Beschluss des Bundessozialgerichts vom 20.03.2019 – B 1 KR 7/18 B – DOK 182.22:186.3 [299 - 306](#)
- 07 Anerkennung Wegeunfall und unfallbedingter Behandlungsbedürftigkeit für gewissen Zeitraum – Teilabhilfe durch Widerspruchsausschuss durch Anerkennung der Schädigung des hinteren Kreuzbandes am linken Knie als Unfallfolgen – Ablehnung der Veränderungen des Innen- und Außenmeniskus als unfallunabhängig – Klage gegen den Bescheid des Beklagten in Gestalt des Teilabhilfe- und Widerspruchsbekandes unzulässig, da nicht fristgerecht erhoben – [364 - 369](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- Schreiben nicht als Klage anzusehen – wirklicher Wille des Klägers zu ermitteln – an Widerspruchsausschuss gerichtetes Schreiben des Klägers nur auf gütliche Einigung gerichtet – Wille Klage zu erheben nicht erkennbar – Kläger war Unterschied zwischen Widerspruch und Klage bewusst – Widerspruchsbescheid bestandskräftig – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 13.09.2018 – L 6 U 99/16 – DOK 183.6:185.2
- 08 Revision unzulässig, da nicht innerhalb der gesetzlichen Frist begründet – Zustellung eines Beschlusses an einen Rechtsanwalt gegen Empfangsbekanntnis – für eine wirksame Zustellung gegen Empfangsbekanntnis ist entscheidend, dass das in Zustellabsicht übersandte Schriftstück vom Empfänger mit dem Willen entgegengenommen wird, es als zugestellt gegen sich gelten zu lassen – zur Bekundung des Empfangswillens reicht Unterzeichnung des Empfangsbekanntnisses – wirksame Zustellung setzt nicht voraus, dass das Empfangsbekanntnis auf dem üblichen gerichtlichen Vordruck abgegeben wird – Bereitschaft zur Entgegennahme des zuzustellenden Schriftstücks kann auch dadurch bekundet werden, dass gegen das zuzustellende Urteil ein Rechtsmittel eingelegt wird – Beschluss des BSG vom 05.06.2019 – B 12 R 3/19 – DOK 182.22:182.23 [433 - 436](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Sonstiges Verfahrensrecht

- 04 §§ 51, 52 SGB I und ihre Anwendung im Insolvenzverfahren – Konsequenzen des Wegfalls des § 114 InsO im Jahr 2014 – Aufrechnung gem. § 51 Abs. 2 SGB I in den unpfändbaren Teil einer laufenden Geldleistung während des Insolvenzverfahrens, nach dessen Abschluss und auch nach Erteilung der Restschuldbefreiung möglich – Hinweis auf Aufsatz von Gerd Bigge, Die Auf-/ Verrechnungsmöglichkeiten der Sozialleistungsträger nach den §§ 51, 52 SGB I während und nach Beendigung des Insolvenzverfahrens – DOK 095.2:113 [239](#)
- 10 Erst nach dem Tod des Versicherten festgestellte und anerkannte Berufskrankheit – Pflegegeld, Verletztengeld und Verletztenrente sind nicht im Wege der Sonderrechtsnachfolge an die Witwe zu zahlen – kein Verwaltungsverfahren im Zeitpunkt des Todes anhängig – sozialrechtlicher Herstellungsanspruch greift ebenfalls nicht – verfassungsrechtliche Garantie des Erbrechts (Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG) nicht verletzt – Urteil des BSG vom 23.06.2020 – B 2 U 5/19 R – DOK 401.011:401.8 [595 – 607](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX)

- 02 Leistungen zur Teilhabe – Beschaffung eines zuzahlungspflichtigen Hörgerätes vom Versicherten selbst – Krankenkasse bewilligt Hörgerät bis zur Zuzahlungsgrenze – Weiterleitung wegen des (vermeintlichen) berufsbedingten Mehrbedarfs an den Rentenversicherungsträger – Aufspaltung des einheitlichen Antrags auf Hörgeräteversorgung unzulässig – Krankenkasse als erstangegangener Reha-Träger zuständig – Rentenversicherungsträger unzuständig – keine Weiterleitung des Antrags binnen der Frist des § 14 SGB IX a.F. – Urteil des SG Karlsruhe vom 03.04.2019 – S 2 R 4096/17 – DOK 126 [38 - 46](#)
- 03 Zugangsbarrieren und Optimierungspotenziale in der Kinder- und Jugendrehabilitation – vermehrt chronische und psychische Krankheiten bei Heranwachsenden – trotzdem rückläufige Reha-Anträge – intransparente Zuständigkeiten der Reha-Kostenträger und Entscheidungsverfahren – zeitaufwändige Antragsstellungen – schlechte Reha-Rahmenbedingungen – zu wenige ärztliche Fortbildungen – gestörte Kommunikation mit Sachverständigen und Behörden – Hinweis auf Aufsatz von Nadine Schumann, Laura Hoffmann, Sara Lena Schröder, Matthias Richter, "Wenn es uns nicht so schwer gemacht würde" – Zugangsbarrieren und Optimierungspotenziale zur Kinder- und Jugendrehabilitation aus Perspektive der Kinder und Jugendärzte – DOK 12:160:42 [142 - 143](#)
- 06 Zur Reichweite des UV-Schutzes bei Rehabilitanden-Unfällen – Besprechung des Urteils des BSG vom 07.05.2019 – B 2 U 34/17 R – zum UV-Schutz bei einem Frühgeborenen – sozialversicherungswissenschaftlicher Ansatz des Autorenteam, bestehend aus Jurist und Mediziner – Aspekt der Unfallkausalität – Klärungsansatz durch Anleihe im Arzthaftungsrecht – Hinweis auf Aufsatz von Laurenz Mülheims und Joachim Rösler, Nosokomiale Infektionen im Krankenhaus – Wie weit reicht der Schutz in der Gesetzlichen Unfallversicherung bei Rehabilitanden-Unfällen? – DOK 311.15: 374 [362 - 363](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 08 Bewilligung einer ambulanten Reha-Leistung durch die DRV – „Rehabilitandin“ verunfallt in der Reha-Klinik – Ausrutschen vor dem Empfang – u.a. Fraktur eines Knöchels – Ablehnung eines Arbeitsunfalls durch UVT – streitige Abgrenzung zwischen Reha-Maßnahme und Nachsorgeleistung – LSG bejaht Arbeitsunfall – § 2 Abs. 1 Nr. 15a SGB VII – Begriff des Heilmittels als Reha-Maßnahme – Bewegungsbäder und physiotherapeutische Behandlung sind Reha-Maßnahmen, keine Nachsorgeleistung – stationäre Reha zuvor wurde nicht erfolgreich abgeschlossen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 30.04.2020 – L 10 U 1168/17 – DOK 311.151:374.2 [437 - 445](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Hinterbliebenenleistungen

- 04 Tödlicher Unfall eines Vorstandsmitgliedes einer AG – Absturz aus großer Höhe – kein Anspruch auf Hinterbliebenenleistungen – Mitglieder des Vorstandes einer AG sind generell nicht versicherungspflichtig in der GUV – Tätigkeit wie ein Unternehmer ergibt sich aus den Vorschriften des AktG – keine Versicherung nach § 2 Abs. 2 SGB VII – Revision beim BSG anhängig – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 25.06.2019 – L 9 U 92/19 – DOK 311.01:312:318 [163 - 178](#)
- 05 Anerkennung Wegeunfall – tödlicher Verkehrsunfall des Vaters des Klägers – Hinterbliebenenleistungen – Zulässigkeit der unselbständigen Anschlussberufung – fehlende Beschwer unerheblich – kein neuer Streitgegenstand wenn SG nicht über Hinterbliebenenleistungen entschieden hat – kein Anspruch der Hinterbliebenen auf isolierte Feststellung eines Versicherungsfalls beim Verstorbenen – Kläger erfüllt Anspruchsvoraussetzungen auf Halbwaisenrente – Tod infolge des Versicherungsfalls eingetreten – Zurücklegung des Heimweges hat Tod objektiv verursacht – Nutzung des Smartphones nicht als Wirkursache des Unfallereignisses festgestellt – nur einmalig ca. 7 Minuten vor dem Unfall dokumentiert – Fahrfehler rechtlich wesentlich für den Unfall, da keine (unversicherten) Wirkursachen festgestellt werden konnten – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 16.08.2019 – L 12 U 2610/18 – DOK 186.1:372.12:374.28 [248 – 258](#)
- 05 Versterben eines bosnischen Staatsangehörigen nach einem Wegeunfall in Deutschland – Tätigkeit für eine Firma mit Sitz in Deutschland – ständiger Familienwohnsitz des Verstorbenen in Deutschland – Bestattung in Bosnien-Herzegowina – kein Anspruch auf Erstattung von Überführungskosten – ständige Familienwohnung ist Bezugspunkt für § 64 Abs. 2 SGB VII – keine Benachteiligung gemäß § 33c SGB I – Urteil des Hessischen LSG vom 24.09.2019 – L 3 U 156/16 – DOK 462-BIH [288 – 293](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmacher, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite